

**IHK-GRUNDSATZPAPIER****INNOVATIONSPOLITISCHE LEITLINIE FÜR RHEINLAND-PFALZ****Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (ARGE) zur Unterstützung unternehmerischer Innovationsleistungen durch die Landesregierung in Rheinland-Pfalz**

Innovationen sind als Wirtschaftsmotor und Wohlstandsgarant unbestritten. Die Übertragung von technischem und nicht-technischem Wissen in erfolgreiche neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen und die daraus erwachsende Wettbewerbsfähigkeit sind das Ergebnis aus Kundenorientierung, Kompetenz, Kooperation, Kapital, Know-How-Schutz und deren effizienter Verbindung durch unternehmerisches Innovationsmanagement. Die Innovationskraft rheinland-pfälzischer Unternehmen kann mit Hilfe einer konsistenten Innovationsstrategie der Landesregierung gestärkt werden.

- Grundlegend für eine effiziente Innovationsförderung der Unternehmen durch die Landesregierung ist es, die vorhandenen Stärken und Innovationspotenziale in Wirtschaft und Forschung zu kennen, um sie systematisch zu unterstützen und weiter auszubauen.
- Entscheidend für eine schärfere Profilierung des Innovationsstandortes Rheinland-Pfalz ist die verstärkte Förderung von Bildung, Forschung und Entwicklung mit hoher Priorität.
- Anwendungsorientierter Wissens- und Technologietransfer zwischen Unternehmen und Wissenschaft ist die Basis für die dringend benötigte Innovationsbeschleunigung.
- Finanzierungshilfen für Innovationsvorhaben können deren Durchführung entscheidend unterstützen. Vermehrte Förderung nichttechnischer Innovationen und die Unterstützung der Unternehmen bei der Implementierung von Innovationsmanagementsystemen erschließt zusätzliche Innovationspotentiale.
- Know-How-Schutz und Schutz vor Industriespionage rücken zur Sicherung innovativ initiiertter Wettbewerbsvorteile für Unternehmen und Politik immer stärker in den Vordergrund.
- Politische Initiativen zur Innovationsunterstützung ressortieren in Rheinland-Pfalz in verschiedenen Ministerien. Mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wird empfohlen, innovationspolitische Maßnahmen innerhalb der Landesregierung fokussierter abzustimmen und transparenter zu gestalten.
- Eine rheinland-pfälzische Innovationsstrategie sollte mit der Innovationspolitik benachbarter Bundesländer harmonisieren und sich in den Kontext der „High-Tech-Strategie“ der Bundesregierung und der europäischen Wachstumsstrategie „Horizon 2020“ einbetten.

## 1. Förderung von Wissenschaft und Forschung

Kein anderes Bundesland wendet relativ so wenige Finanzmittel für Forschung und Entwicklung (FuE) auf wie Rheinland-Pfalz. Auch wenn die Summe der gesamten FuE-Aufwendungen in jüngerer Zeit stark angestiegen ist, bleibt das Niveau mit 2,1 Prozent am BIP (2009) aus Sicht der Wirtschaft weiterhin zu niedrig. Die Inanspruchnahme von Drittmitteln ist durchschnittlich. Die Wissens- und Forschungsinfrastruktur, die den Firmen innovationsunterstützend zur Verfügung steht, weist ein Süd-Nord-Gefälle innerhalb des Landes auf.

Standpunkt: Ein leistungsfähiges Umfeld aus Hochschulen<sup>1</sup> und Forschungsstätten mit vielseitigen Kompetenzen in Grundlagenforschung und angewandter Forschung ist für die Zukunft des Landes von zentraler Bedeutung. Es ist Voraussetzung für erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer zwischen Unternehmen und Wissenschaft. Konkurrenzfähige Forschung muss interdisziplinär und tendenziell international vernetzt sein.

Forderungen: Die Hochschul- und Forschungsinfrastruktur des Landes sollte trotz schwieriger Finanzsituation mit hoher Priorität weiter ausgebaut werden. Um wenigstens den Bundesdurchschnitt zu erreichen, ist mindestens eine Verdoppelung der staatlichen FuE-Aufwendungen bis 2020 anzustreben. Eine entsprechende Umschichtung im Landeshaushalt wird vorgeschlagen. Schwerpunkte müssen an den Bedarfen der Wirtschaft, vor allem bei der Entwicklung und Implementierung von branchenspezifischen Schlüsseltechnologien, orientiert sein.

## 2. Innovations-Schwerpunkte erkennen

Rheinland-Pfalz weist ein diversifiziertes Branchenportfolio mit starken industriellen Schwerpunkten auf. Die Branchen ‚Logistik‘ und ‚Unternehmensnahe Dienstleistungen‘ treiben den Zuwachs des tertiären Sektors voran.<sup>2</sup> Als künftige Innovationsauslöser in den Unternehmen sind neue Werkstoff- und Querschnittstechnologien, neue internationale Märkte, Energie- und Rohstoffknappheit sowie die digitale Kommunikation einschließlich der sogenannten vierten industriellen Revolution (Industrie 4.0) erkennbar.

Standpunkt: Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit rheinland-pfälzischer Unternehmen muss auf breiter Basis unterstützt werden, nicht nur im High-Tech-Bereich. Nicht-technische Innovationen erhalten im Innovationsportfolio der Firmen zunehmende Bedeutung. Neue Herausforderungen, die sich beispielsweise aus der Entwicklung neuer Querschnittstechnologien, durch die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft oder durch das Wachstum der Logistikbranche ergeben können, sollten von der Innovationspolitik des Landes deutlicher unterstützt werden.

Forderungen: Es wird angeregt, dass die Landesregierung mit Hilfe einer Studie die vorhandenen und die möglichen künftigen Schwerpunktbranchen und -technologien in Rheinland-Pfalz aufzeigt. Die IHKs in Rheinland-Pfalz empfehlen darüber hinaus, die derzeit erkennbaren allgemeinen Innovationsauslöser zur Entwicklung von sogenannten Leittechnologien aufzugreifen. Beispielsweise im Rahmen von „Industrie 4.0“ gilt es, für Rheinland-Pfalz in den Bereichen Softwaretechnik für Unternehmen, IT-Sicherheit, Internet der Dinge und Automatisierung die Chancen wahrzunehmen - gemeinsam mit starken Endnutzern z. B. aus Chemie, Pharma, Automotive, Luft- und Raumfahrt sowie Logistik und durch gezielten Einsatz der verfügbaren Förderinstrumente.

<sup>1</sup> Mit dem Begriff „Hochschule“ werden Universitäten und (Fach-)Hochschulen umschrieben.

<sup>2</sup> Quellen: Bundesagentur für Arbeit 2013 (nach WZ 2008), Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

### 3. Wissens- und Technologietransfer

Qualität und Zugänglichkeit des wissenschaftlichen Umfeldes sowie die Regelmäßigkeit der Unternehmens-Kooperationen mit Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sind grundlegend für die Innovationskraft der Unternehmen des Landes. Unternehmen führen diesbezüglich vor allem qualitative Informations- und Zugangsdefizite an, trotz oder wegen zahlreicher Transferstellen. Die Internetseite „Sciport“<sup>3</sup> bietet derzeit die ausführlichste Hochschulforschungs-Datenbank in Rheinland-Pfalz, inhaltlich aktualisiert von den Fachbereichen - mit unterschiedlichem Engagement.

Standpunkt: Wissens- und Technologietransfer sind multifunktional. Unternehmen profitieren von wissenschaftlichen Erkenntnissen bei der Entwicklung marktfähiger Innovationen. Forschungsinstitute nutzen die anwendungsorientierten Erfahrungen der Firmen. Zusätzlich dienen Hochschulkontakte der Fachkräftegewinnung für die Region und zeigen Hochschulabsolventen attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten auch in kleinen oder mittleren Unternehmen auf.

Forderungen: Eine systematische, transparente und praxisbezogene Zusammenführung von Wissensangebot und -nachfrage mit Unterstützung der Landesregierung ist wünschenswert. Transferstellen sollten gebündelt, der Zugang zu ihnen transparent und einfach gestaltet werden. Dabei freiwerdende Kapazitäten könnten für den Ausbau einer umfassenden „Hochschul- und Forschungsdatei für Rheinland-Pfalz“ auf der Basis von „Sciport“ eingesetzt werden. Die IHKs regen an, für „Sciport“ nicht nur die Datenaktualität und -vollständigkeit an einer zentralen, verantwortlichen Stelle sicherzustellen. Zusätzlich sollte diese Datenbank nach und nach um die Wissens- und Transfer-Angebote aller Forschungsinstitute und Cluster des Landes sowie um eine Suchfunktion nach Technologiebereichen erweitert werden.

### 4. Cluster-Netzwerke

Die bestehenden Cluster in Rheinland-Pfalz sind überwiegend in den südlichen Landesteilen angesiedelt. Sie sind größtenteils über die Landesgrenzen hinweg aktiv. Kompetenz- und Technologiezentren ergänzen die Clusterlandschaft besonders im Bereich der Unternehmensgründungen.

Standpunkt: Mit Wissens- und Technologietransfer, Entwicklung spezifischer FuE-, Einkaufs- und Vertriebsstrukturen, Erschließung internationaler Märkte, Fachkräfteentwicklung und Unternehmensgründungen kann der Erfolg der Netzwerke weit über den Nutzen für die einzelnen Akteure hinausreichen. Die daraus hervorgehende (Weiter-) Entwicklung neuer Kompetenzen in ausgewählten Technologiefeldern stärkt dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsstärke der betreffenden Regionen.

Forderungen: Die Einrichtung von Clustern, Kompetenz- und Technologiezentren sollte seitens der Landesregierung unterstützt werden, orientiert am Bedarf der Wirtschaft (bottom-up-Ansatz) und mit Blick auf erkennbar noch nicht genutzte Innovationspotenziale.

Innovationssysteme entwickeln sich über Landesgrenzen hinweg. Die Abstimmung der rheinland-pfälzischen Innovationsaktivitäten mit den benachbarten Bundesländern, aber auch auf Bundes- und EU-Ebene, bedarf der vermehrten Unterstützung durch die Landespolitik, insbesondere die Arbeit in Clustern und an Hochschulen.

---

<sup>3</sup> [www.rlp-forschung.de](http://www.rlp-forschung.de) SciPort RLP ist das Forschungsportal des Landes Rheinland-Pfalz. Es bietet Informationen zu den Fachbereichen und Einrichtungen der rheinland-pfälzischen Hochschulen und zu deren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Forschungsaktivitäten und Veröffentlichungen. SciPort RLP ist ein gemeinschaftliches Projekt der Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz und des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK). Online-Betrieb und Weiterentwicklung des Systems werden vom Zentrum für Technologietransfer und Telekommunikation (ZTT) der Fachhochschule Worms sichergestellt.

## **5. Innovationsrisiken: Fachkräftemangel, Fachkräftequalifikation**

Die Branchen Pharma, Chemie und Maschinenbau binden einen großen Anteil der Hochqualifizierten in Rheinland-Pfalz.<sup>4</sup> KMU sind vom Engpass bei akademischen und gewerblichen Fachkräften besonders betroffen. Der Anteil der rheinland-pfälzischen MINT<sup>5</sup>-Studierenden war im WS 2011/2012 mit 33,6 Prozent unterdurchschnittlich (bundesweit 37,6 Prozent). Die Zahl der Studienabbrecher wird auf 20 Prozent (Fachhochschulen) bis 35 Prozent (Universitäten) geschätzt.<sup>6</sup> Mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgänger sowie Aufwand und Kosten für Nachqualifizierung erweisen sich nicht nur aus der Sicht innovierender Unternehmen als zunehmendes Problem.

**Standpunkt:** Schulische und universitäre Ausbildung sind ausschließlich Aufgabe der Landesregierung. Keine andere Innovationsdeterminante ist so direkt von ihr beeinflussbar. Um den erkennbaren Fachkräftemangel auszugleichen, ist ein gutes Niveau auf allen Bildungsebenen und in allen Bildungsphasen anzustreben. Die IHKs weisen ausdrücklich auf die wachsende Bedeutung des Dualen Studiums hin. Es bedeutet Wissenstransfer und Nachwuchsfindung zugleich. In der beruflichen Weiterbildung sind konzertierte Aktionen von Politik, Wirtschaft und den Kammern wichtig. Unternehmen und IHKs des Landes leisten zur Aus- und Weiterbildung einen erheblichen Beitrag.

**Forderungen:** Die „Vereinbarung Rheinland-Pfalz für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ von 2010 hat die selbst gesteckten Ziele noch nicht erreicht und muss konsequenter verfolgt werden. Die Landesregierung ist in der Pflicht: Eine unverzügliche, wirtschafts- und technikorientierte Bildungsoffensive ist eine ihrer wichtigsten und effizientesten Innovationsmaßnahmen. Aus- und Weiterbildung, Ausstattung von Schulen, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sind mit hoher Priorität zu fördern, finanziell, aber auch durch eine positive Haltung zu Leistung und Freude am Erfolg. Duale Studiengänge und Promotionen sind auszuweiten und aktiv zu unterstützen. Die Einrichtung von Schülerforschungszentren sollte in ganz Rheinland-Pfalz vorangetrieben werden. Englisch sollte angesichts globaler Herausforderungen ein Pflichtfach an Berufsschulen werden. Neben der Aufwertung des naturwissenschaftlichen und technischen Schulunterrichts ist die Vermittlung ökonomischer Zusammenhänge in allen Bildungsformen wichtig. Aus- und Weiterbildung von Lehrern und Kindergartenpersonal sollten entsprechend angepasst werden.

## **6. Innovations-Akzeptanz**

Fehlende gesellschaftliche Akzeptanz für technischen und nichttechnischen Fortschritt in Verbindung mit fehlender Wertschätzung von unternehmerischen Leistungen führen zu handfesten Standortnachteilen. Verkleinerung statt Wachstum, Stillstand oder Standortverlagerungen treffen die Wirtschaftskraft sowie den Wohlstand in Rheinland-Pfalz ins Mark. Kenntnisse über technische und wirtschaftliche Zusammenhänge fehlen in der breiten Öffentlichkeit.

**Standpunkt:** Bei der Genehmigung und Umsetzung zukunftsweisender Vorhaben sind die Unternehmen auf die erkennbare Unterstützung von Politik, Verwaltung und von den Bürgern angewiesen. Ein funktionierendes Innovationsumfeld (an-)erkennt den Innovationsdruck auf die Wirtschaft und unterstützt die daraus hervorgehenden unternehmerischen Innovationsleistungen.

**Forderungen:** Politik und Wirtschaft stehen gemeinsam in der Verantwortung, Informationsdefizite und -barrieren über wirtschaftliche Zusammenhänge abzubauen und in der Gesellschaft für mehr Akzeptanz von Unternehmertum sowie für ausgeglichene Diskussionen über Zukunftstechnologien zu werben.

<sup>4</sup> Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand Juni 2013

<sup>5</sup> Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik

<sup>6</sup> (Die Zahl der Studienabbrecher wird statistisch nicht erfasst, so dass keine entsprechenden Angaben aus der amtlichen Statistik vorliegen.) Quelle: Heublein/ Richter/ Schmelzer/ Sommer: Die Entwicklung der Schwund und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen, HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, 2012

## **7. Finanzierung und Projektförderung für Innovationsvorhaben**

Externe Finanzierungsmöglichkeiten für Innovationsprojekte haben sich seit Jahren verschlechtert, was KMU härter trifft als größere Unternehmen. Als gute Beispiele in der Projektförderung sind die Programme ZIM, „KMU innovativ“ und die Innovationsgutscheine auf Bundesebene sowie BITT, Innotop und die Innovationsassistenten auf Landesebene hervorzuheben. Der Innovationsfond Rheinland-Pfalz für junge, technologieorientierte Unternehmen, die Venture-Capital-Gesellschaften des Landes, der Regionalbanken und der IHKs zeigen in die richtige Richtung. Auch die weiteren, bei der ISB angesiedelten Landesförderprogramme werden zur Unterstützung des Fortschritts im Land ausdrücklich begrüßt.

**Standpunkt:** Schnelle und bürokratiearme Unterstützung der Innovatoren bei der Risikokapitalbeschaffung ist ein ebenso wichtiges Instrument zur Innovationsförderung wie die direkte Projektförderung. Nichttechnische Innovationen (z. B. neue Geschäftsmodelle, Organisationsformen, Beschaffungs-, Vertriebswege) und Investitionen in den Aufbau von unternehmensinternen Innovationsmanagementsystemen dürfen bei der Förderung nicht vernachlässigt werden. Größenbezogene Nachteile für kleine und mittlere Unternehmen sollten vorwettbewerblich ausgeglichen werden.

**Forderungen:** Eine kontinuierliche Fortführung der rheinland-pfälzischen Innovationsförderprogramme wird befürwortet. Antrags-, Durchführungs- und Abrechnungsverfahren sollten weiter vereinfacht werden. Bei der Ausgestaltung der Förderprogramme setzen sich die rheinland-pfälzischen IHKs dafür ein, nichttechnische Innovationen verstärkt einzubeziehen. Die Implementierung von Innovationsmanagementsystemen in den Unternehmen sowie die Erlangung von Innovationsmanagementkompetenzen bei ihren Mitarbeitern sollten in den Förderkatalog aufgenommen werden.

## **8. Gewerblicher Know-How-Schutz**

Die Innovationsintensität wird in zahlreichen Publikationen an den Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner gemessen. Diese Zahl ist in Rheinland-Pfalz mit 28 halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt (57) und weit abgeschlagen hinter Bayern (114), Baden-Württemberg (132), Nordrhein-Westfalen (38), Niedersachsen (37) und Hessen (38).<sup>7</sup> Die Patentzahl ist als Innovationsindikator zurecht umstritten, weil patentfähige Neuerungen aus Nachlässigkeit, aus Kostengründen oder zur Wahrung von Betriebsgeheimnissen nicht immer angemeldet werden.

**Standpunkt:** Die Einführung eines IP-Managements<sup>8</sup> für eine systematische Behandlung des Know-How-Schutzes im Unternehmen ist vor allem bei KMU noch zu wenig verbreitet. Um die globale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Region nicht zu gefährden, sollten Innovationen national, europäisch und international gesichert und die Verbreitung von Plagiaten so gut wie möglich verhindert werden.

**Forderungen:** Die Implementierung von Know-how-Schutz im Innovationsprozess der Unternehmen sollte durch eine offensive Sensibilisierung für das Thema mehr Aufmerksamkeit erhalten und weiter verbessert werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Etablierung von IP-Managementsystemen in die bestehende Projektförderung des Landes aufzunehmen.

<sup>7</sup> <http://presse.dpma.de/presseservice/datenzahlenfakten/statistiken/patente/index.html>

<sup>8</sup> Intellectual Property Management (intellectual property = geistiges Eigentum)



## **9. Informationssicherheit und Datenschutz**

Der Schaden durch Industriespionage geht in die Milliarden. In Rheinland-Pfalz wurden mit dem Interaktionsforum ‚Sicherheitspartnerschaft‘, einer Kooperation aus Landesregierung, Wirtschaftsverbänden und Kammern, bereits die richtigen Weichen gestellt. In der Praxis funktioniert dieses Modell (noch) nicht im wünschenswerten Umfang. Mit dem „Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit“ steht den Unternehmen eine weitere Anlaufstelle zur Verfügung. Allerdings wird dieser überwiegend als kontrollierende, sanktionierende und zu wenig als beratende und unterstützende Organisationseinheit wahrgenommen.

Standpunkt: Um die Sicherheit global vernetzter, informationstechnischer Systeme zu verbessern, steht die Notwendigkeit umfassender, international abgestimmter Konzepte für Datenschutz und Informationssicherheit außer Frage. Unternehmen benötigen präventive und im Schadensfall schnelle und diskrete Hilfe. Die IHKs informieren und beraten zur Problematik und zur Umsetzung von Datenschutz im Unternehmen.

Forderungen: Die Landesregierung kann durch ein besseres „Marketing“ zur Sensibilisierung der Unternehmen in Sachen Datenschutz beizutragen. Die aktivere Gestaltung der „Sicherheitspartnerschaft“ sowie die verstärkte Beratung und Unterstützung von Unternehmen durch den „Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit“, beispielsweise zur Abwehr von Industriespionage, sollten zügig in Angriff genommen werden. Die Landesregierung ist gefordert, sich im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft für einen EU-weit gültigen Rechtsrahmen einzusetzen.